

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anstalten und für Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Anzeigenpreis: 10 Pf. — Anzeigenpreis: 10 Pf. — Anzeigenpreis: 10 Pf.

Verantwortlicher: Dr. Heinrich...
Verleger: Dr. Heinrich...
Druck: Dr. Heinrich...

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 263

Mittwoch, den 11. November 1931

26. Jahrgang

Beratungen um das Wirtschafts-Programm

Vor der Winter-Notverordnung — Das Ziel der Regierung: Senkung der Zinsen, Preise und Löhne

Berlin, 9. Nov. Mit dem Beginn der neuen Woche sind die politisch toten letzten Tage durch eine stärkere Lebhaftigkeit abgelöst worden, da die Arbeiten für die große Notverordnung, die die wirtschaftliche Seite des Herbst- und Winterprogramms regeln soll, heute vormittag mit der Kabinettsitzung in ihr akutes Stadium treten. Das Kabinett will die „Leitfäden“ behandeln, die von den zuständigen Ministerien ausgearbeitet worden sind und entsprechend der in der vorigen Woche ergangenen Ankündigung morgen den beiden Ausschüssen des Wirtschaftsbeirates vorgelegt werden sollen. In dem Beginn der Beratungen dieser Ausschüsse ist eine etwa zehntägige Verzögerung eingetreten, weil inzwischen der Stillhalteauschuss eingeschaltet werden mußte. Diese Zeit ist aber nicht verloren, vielmehr werden die Ausschüsse umso schneller arbeiten können, als jetzt ja die von der Reichsregierung geschaffenen Unterlagen vorhanden sind. Die Sitzungen der beiden Ausschüsse sollen so gelegt werden, daß es ihren Mitgliedern möglich ist, bei dem Ausschuss zu hospitieren, dem sie nicht angehören. Die Arbeitsgebiete beider Kommissionen greifen so ineinander, daß eine solche Orientierungsmöglichkeit wünschenswert erscheint. Deshalb wird der Ausschuss I (für Produktionskosten und Preise), der unter dem Vorsitz des Kanzlers oder des Reichsarbeitsministers tagt, am Dienstag vormittag um 10 Uhr zusammentreten, während die Eröffnungssitzung des Ausschusses II (für Kredit und Zins), dem Reichsfinanz- und Reichswirtschaftsminister vorstehen, erst nachmittags um 4 Uhr beginnt. Jeder der beiden Ausschüsse hat zwölf Mitglieder. Der Ausschuss I setzt sich folgendermaßen zusammen: Von der Industrie Geheimrat Ernst v. Borfig, Generaldirektor Dr. Wölgel und Fabrikdirektor Wittke-Dresden, von Arbeitnehmersseite Gewerkschaftsführer Peter Grassmann (Freie Gewerkschaften), Bernhard Otte (Christliche Gewerkschaften) und Max Köstlinger (Hirsch-Dunker). Von der Landwirtschaft Präsident Dr. Brandes, ferner für den gewerblichen Mittelstand und andere Berufsstände Maurer- und Zimmermeister Robert Groß aus Ahnberg, Kaufmann Dr. Grund-Vreslau, Papierfabrikant Haindl-Flugsburg, Kaufmann Körner-Berlin und Bäckermeister Flugmayer-Magdeburg. Die Mitglieder des Ausschusses II sind für die Arbeitnehmer Otto Suhr (Ipsa), Wilhelm Eggert (Freie Gewerkschaften) und Hegewald (Christliche Gewerkschaften), für die übrigen Berufsstände Geheimrat Cuno von der Hagag, Kaufmann Dr. Hagedorn-Berlin, Ingenieur in Baden, Wagenbaumeister Feder-Büffelberg, die Gutbesitzer Dr. Holmeier-Bienen und v. Oppen-Dannenwalde, Direktor Pferdenges-Röln, Generaldirektor Dr. Schmitt (Allians), Geheimrat Schmitz (J. G. Farben) und Dr. Silberberg-Röln.

Wirtschaftsbeirates und die Beschlüsse der Regierung auf die Senkung der Preise und Löhne auswirken werden. Man kann damit rechnen, daß anlässlich der Entwertung des englischen Pfunds Preisfestsetzungen auf dem Weltmarkt bereits im Ausmaße von 15 bis 20 v. H. eingetreten sind. Jedoch ist es unmöglich und irreführend, wenn man schon jetzt in Deutschland durchschnittlich eine allgemeine Preis-senkung von 20 v. H. prophezeit.

Der Verwaltungsrat der B.Z.B. tagt wieder

Basel, 9. Nov. Der Verwaltungsrat der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich hat in seiner heutigen 16. Sitzung einen Unterausschuss eingesetzt, der mit der Leitung der Bank die bei den Einlage- und Bankgeschäften der B.Z.B. zu befolgenden Richtlinien besprechen soll. Die Ausschüsse gehören an von der Reichsbank Geheimrat Oberfinanzrat Fode; ferner sind vertreten England durch Gouverneur Norman, Italien durch Professor Beneduce, Frankreich durch Garnier und Belgien durch Franc. Hinsichtlich des Oesterreich zu gewährenden neuen Kredites in Höhe von 60 Millionen Schilling hat der Verwaltungsrat den

Bericht des Völkerverbandsfinanzsachverständigen Professor Bruns über die Lage in Oesterreich zur Kenntnis genommen, daß bei dem augenblicklichen Stand der monetären Lage Oesterreich die Gewährung eines solchen Kredites nicht einen dringlichen Charakter hat. Der Verwaltungsrat will vielmehr das Ergebnis der Reformen abwarten, die seitens der Oesterreichischen Regierung in Vorbereitung sind. Außerdem soll abgewartet werden, in welcher Weise die Ratschläge der hinzugezogenen internationalen Organe ausgewertet werden.

Aus dem weiteren Verlauf der Sitzung ist zu entnehmen, daß Francois Robb von seinem Posten als Direktor der B.Z.B. zurücktritt und zu seinem Nachfolger R. G. Porters ernannt worden ist. Von der Berufung Henry J. Bruce zum Berater der Ungarischen Nationalbank wurde gleichfalls Kenntnis genommen, ebenso von dem Bericht über die Prager Devisenkonferenz, ohne daß jedoch hierzu besondere Beschlüsse gefaßt wurden.

Schließlich erledigte der Verwaltungsrat, der am 14. Dezember wiederum in Basel zusammentreten wird, noch bankmäßige Angelegenheiten. So nahm er zur Kenntnis das Einverständnis der Bank von England, der Bank von Frankreich und der Bundesreservebank of New York hinsichtlich ihrer Beteiligung an dem der Reichsbank gewährten Dreimonatskredit, dessen Erneuerung in der letzten Sitzung vorbehaltlich der Zustimmung dieser Banken beschlossen worden war.

Der Siedlungsplan

Die Richtlinien für die vorläufige Kleiniedlung. — Zunächst Ansiedlung von 20 000 Erwerbslosen geplant

Berlin, 9. November. Nach dem Entwurf der Richtlinien für die vorläufige Kleiniedlung, den der neue Reichskommissar Saagen heute dem Siedlungsausschuss des Reichstages vorlegte, soll, wie das Nachrichtenbureau des V.D.B. aus parlamentarischen Kreisen erfährt, die Durchführung des ganzen Projektes in die Hände der Gemeinden und Gemeindevorstände gelegt werden, die ihrerseits die schon bestehenden Wohnungsfürsorgegesellschaften und die gemeinnützigen Wohnungsbau- und Siedlungsunternehmungen mit dieser Aufgabe betrauen können.

Reichsiedlungskommissar voraussichtlich noch Änderungen an diesem Entwurf vornehmen, ehe er die endgültigen Richtlinien veröffentlicht. Wie wir weiter hören, sehen zunächst 60 Millionen für die vorläufige Kleiniedlung an Reichsgeldern zur Verfügung. Damit hofft man, einwöchigen 20 000 Erwerbslose als Kleiniedler ansetzen zu können. Die Wichtigkeit dabei, die Bekämpfung des Lebensunterhaltes für die Familien der Erwerbslosen zu erleichtern, jedoch später einmal die Fürsorgekosten für sie geringer werden könnten.

Aus Sparnotwendigkeiten sollen in erster Linie schon im öffentlichen Besitz befindliche Grundstücke besiedelt werden, die so liegen, daß die Siedler später wieder eine berufliche Tätigkeit aufnehmen können. Die einzelnen Stellen sollen etwa 600 bis 800 Quadratmeter groß sein und im Wege des Erbpacht, des Erbautes oder als Eigentum ähnlich wie Rentengüter vergeben werden.

Berlin, 9. November. Dem Reichstagsausschuss für das Siedlungswesen lagen mehrere Eingaben aus interessierten Kreisen vor. Der Reichsverband des deutschen Handwerks wendet sich in einer solchen Eingabe gegen die Absicht, die Ausführung der für die Siedlung notwendigen Bauten durch erwerbslose Bauarbeiter vornehmen zu lassen. Eine Nichtberücksichtigung des selbständigen Baugewerbes würde nur dazu führen, daß öffentliche Regierungsarbeit Platz greifen würde, wodurch einerseits eine Konkurrenz für das selbständige Gewerbe geschaffen würde und andererseits kaum die Gewähr für sparsamste Verwendung der öffentlichen Mittel geboten wäre. Es sei auch nicht der richtige Weg, wenn erhebliche Aufträge von Holzhäusern an einige wenige Großfirmen vergeben würden. Zahlreiche Betriebe des Zimmerhandwerks könnten solche Holzhäuser zu den gleichen Bedingungen und in gleicher Qualität herstellen. Schließlich verlangt die Eingabe die Heranziehung von Vertretern des Bauhandwerks zur tatsächlichen Beratung des Reichsiedlungskommissars.

Die vorbereitenden Arbeiten und der Aufbau der Siedlungen sollen durch Erwerbslose vorgenommen werden, und zwar hauptsächlich durch Gruppen Arbeitsdienstfreiwilliger. Die daran beteiligten Erwerbslosen kommen später als Siedler in Frage, soweit sie und ihre Familienangehörigen für die Bewirtschaftung einer Stelle überhaupt geeignet sind, wobei langfristige Erwerbslose und Kinderreiche bevorzugt werden. Die Wohn- und Stallgebäude sollen so einfach wie möglich und nur aus inländischen Baustoffen hergestellt werden. Auf die Holzbauteile wird dabei besonders hingewiesen. Die Gesamtkosten sollen, abgesehen vom Grundstückswert, nicht über 3000 Mark für jede Stelle hinausgehen. Die Darlehen des Reiches werden höchstens je 2600 Mark betragen und von dem Jahre nach der ersten Ernte an mit höchstens 2 Prozent verzinst und mit 1 Prozent rückzahlbar sein. In Ausnahmefällen will das Reich für den Grundstücksanwerb und für die Einrichtungskosten auch Bürgschaften übernehmen. Auf Grund der Aussprache im Siedlungsausschuss wird der

Eine Eingabe des Bundes deutscher Architekten verlangt, daß die Aufstellung der Siedlungsprogramme von den örtlichen Siedlungen selbst ausgehen muß und daß für ihre Aufstellung und Durchführung an Ort und Stelle freie Kräfte beauftragt werden, die allein eine organische Lösung der Schwierigkeiten finden und die Fehlerquellen einer schematischen Abwicklung ausschalten können.

Nachtsitzung des Reichskabinetts

Berlin, 9. Nov. Wie wir erfahren, hat das Reichskabinett die heute vormittag begonnenen Beratungen über die Leitfäden, die morgen den Ausschüssen des Wirtschaftsbeirates vorgelegt werden sollen, heute nachmittags und abend fortgesetzt. Die Nachmittagsitzung dauerte von 5 bis gegen 8 Uhr. Es wurde dann eine Pause für das Abendessen eingelegt und um 9 Uhr tritt das Kabinett wieder zusammen. Es ist wohl anzunehmen, daß diese Sitzung noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Jedenfalls müssen die Leitfäden bis zum morgigen Zusammentritt der Ausschüsse fertiggestellt sein. Irgendwelche entscheidenden Beschlüsse, wie man nach dem Bericht eines Montagblattes vermuten konnte, werden aber unter keinen Umständen veröffentlicht werden. Die letzten Entscheidungen über die Wirtschaftsmaßnahmen werden auch erst getroffen werden, wenn die Ausschüsse des Wirtschaftsbeirates ihre Gutachten abgegeben haben.

Die kommunistische Zerlegungstätigkeit in der Wehrmacht

Berlin, 9. Nov. Vom Reichswehrministerium wird mitgeteilt: In den letzten Monaten hat die von kommunistischer Seite gegen die Wehrmacht gerichtete Zerlegungstätigkeit außerordentlich an Umfang und Intensität zugenommen. Seit Mitte Juli d. J. sind nicht weniger als 40 verschiedene kommunistische Zerlegungsschriften sowie zahlreiche Plakate und Zettel der gleichen Art in mehr als 200 Fällen in Tausenden von Exemplaren durch die Kommunisten in den Kasernen verbreitet oder einzelnen Soldaten zugestellt worden. In allen Fällen wurde das Material den Vorgesetzten abgeliefert. Außerdem konnten 26 Zettelvertreter im gleichen Zeitraum von der Truppe auf freier Tat ergriffen und der Bestrafung zugeführt werden. Ein Erfolg ist der kommunistischen Zerlegungstätigkeit nach wie vor nicht beschriben gewesen. Die Zahl der Fälle, wo Soldaten einer Beeinflussung unterlagen, ist bescheiden gering. Die Truppe wird auch in Zukunft

allen weiteren Zerlegungsversuchen mit größter Aufmerksamkeit und Energie entgegenzutreten. Zur energischen Abwehr der gesteigerten Zerlegungstätigkeit der KPD. enthält bereits die Notverordnung vom 6. Oktober 1931 erhebliche verschärfte Strafbestimmungen. Vor dem Reichsgericht in Leipzig laufen zur Zeit zahlreiche Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat.

Noch keine Entscheidung im Kampf um die Gemeindegewerkschaften

Berlin, 9. Nov. In den Nachverhandlungen über den von Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgelehnten Schlichterspruch, der die Löhne der Gemeindegewerkschaften um 4,5 Prozent gekürzt wissen will, ist heute noch keine Entscheidung erreicht worden.

Zusammentritt des Völkerverbandsrates am 16. November
Genf, 9. Nov. Das Völkerverbandssekretariat teilt mit: Der Völkerverbandsrat ist auf den 16. November nach Paris einberufen worden.